



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

30. Jänner 1995

353.110/2-I/6/95

An den
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

XIX. GP.-NR

131 /AB

1995 -01- 3 1

ZU

97 /J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Haigermoser, Apfelbeck haben am 30. November 1994 unter der Nr. 97/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Umsetzung des Europa-Abkommens gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Branchenstiftungen wurden in der Zwischenzeit wann und mit welchem Mitteleinsatz realisiert?
2. Welche Branchenstiftungen werden in absehbarer Zeit und mit welchem Mitteleinsatz realisiert?
3. Welche Punkte aus dem Europa-Abkommen konnten aus welchen Gründen nicht bzw. noch nicht umgesetzt werden?
4. Ist Ihrer Meinung nach eine Umsetzung der Versprechen aus dem Europa-Abkommen bis zum Beitrittstermin 1. Jänner 1995 gewährleistet?
Wenn ja, wie begründen Sie Ihre Einschätzung?
Wenn nein, mit welchen Maßnahmen und bis zu welchem Zeitpunkt wollen Sie die Umsetzung des Europa-Abkommens sicherstellen?
5. Welche weiteren Interessensgruppen haben im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Forderungen nach staatlicher Hilfe erhoben?
Werden auch diese Gruppen entsprechende Hilfestellungen erhalten?
Werden nur jene benachteiligten Branchen Unterstützungsleistungen erhalten, die im Europa-Abkommen angeführt sind?"

- 2 -

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Es wurde eine Branchenstiftung für Speditionen eingerichtet. Für diesen Zweck wurde der Ausbildungs- und Unterstützungsverein Spedition gegründet, der den Mitarbeitern der Speditionen, die ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren, dabei hilft, einen neuen Arbeitsplatz oder einen neuen Beruf zu finden. Diese Arbeitsstiftung ist als flächendeckende Einrichtung beispielgebend in Österreich und in der Europäischen Union.

Die Kosten der Stiftung werden nach Angabe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten während der Laufzeit des Programms auf etwa 100 Mio Schilling geschätzt. Davon werden etwa 20 Mio Schilling aus Mitteln des Bundes bereitgestellt. Der restliche Teil soll von den Ländern, dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Arbeitgebern und -nehmern der Branche aufgebracht werden.

Zu Frage 2:

Wie mir das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten mitteilt, sind die Arbeiten für die Einrichtung einer Branchenstiftung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie weit fortgeschritten. Grundsätzlich ist festzuhalten, daß die Einrichtung einer Arbeitsstiftung einer gemeinsamen Vereinbarung der jeweiligen kollektivvertragsfähigen Körperschaften der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite bedarf und diesen nicht vom Bund oktroyiert werden kann. Der Bund kann letztlich nur Hilfestellung betreffend die gesetzlichen und arbeitsmarktpolitischen Voraussetzungen geben und - sofern die notwendige Finanzierung nicht gesichert ist - auch finanzielle Unterstützung anbieten. Beides ist geschehen. Die Kosten dieser Stiftung werden während der dreijährigen Laufzeit voraussichtlich 450 Mio Schilling betragen. Der Bund wird sich mit etwa 160 Mio Schilling beteiligen. Der restliche Teil soll vom Europäischen Sozialfonds, der Wirtschaftskammer Österreich und den Ländern getragen werden.

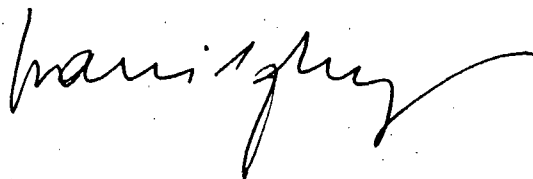
- 3 -

Zu den Fragen 3 und 4:

Für die Realisierung der im Europa-Abkommen vorgesehenen Maßnahmen, insbesondere bei den Maßnahmen für die Landwirtschaft, ist eine finanzielle Beteiligung der Länder vorgesehen. Über den Finanzierungsanteil finden derzeit Verhandlungen statt. Auch Fragen im Zusammenhang mit der Marktintervention und der Zuständigkeit der AMA werden noch weiter besprochen. Gleichzeitig ist Österreich bemüht, die erforderlichen Genehmigungen für die österreichischen Agrarförderungen durch die jeweils zuständigen EU-Organe zügig einzuholen. Im übrigen sind noch Gespräche über die finanzielle Absicherung der internationalen Aktivitäten der Sozialpartner im Gange.

Zu Frage 5:

Es sind derzeit keine derartigen Forderungen im Zusammenhang mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union bekannt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Karin' followed by a stylized flourish.